

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Juni 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 213 Anfrage Bühler-Häfliger Sarah und Mit. über die geplante Schliessung von Poststellen im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 213 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Sarah Bühler-Häfliger hält an der Dringlichkeit fest.

Sarah Bühler-Häfliger: Bund, Kantone und Gemeinden sind gemeinsam für die Grundversorgung der Bevölkerung mit Infrastruktur und Dienstleistungen zuständig, damit unsere Gesellschaft und unser Alltag funktionieren. Die Post gehört zu unserer Grundversorgung. Mit den angekündigten Schliessungen wird infrage gestellt, dass ein grosser Teil der Bevölkerung, vor allem auf der Landschaft, weiterhin einen angemessenen Zugang zu Postdienstleistungen hat. Es sind auch Arbeitsplätze betroffen. Das Thema ist von hohem politischem Gewicht, weil grosse Teile der Bevölkerung vom Abbau der Grundversorgung betroffen sein werden. Das Thema kann nicht bei einem ordentlich traktandierten Geschäft eingebracht werden. Geben wir uns und der Luzerner Bevölkerung Gelegenheit, darüber zu diskutieren, was für uns bezüglich Grundversorgung wichtig ist. Angesicht der jetzt laufenden Verhandlungen ist es angebracht, dass der Regierungsrat seine Haltung in dieser Frage kundtut. Wir können uns zudem Gedanken machen, wie der Kanton und die Gemeinden bei dieser Grundversorgung künftig mitreden können. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Das Anliegen ist wichtig, erträgt aber durchaus einen Aufschub. Deshalb erfüllt es aus Sicht der Regierung die Dringlichkeitskriterien nicht. Wir empfehlen Ihnen, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 86 zu 29 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.